



— FREIE —
SACHSEN

WWW.STEFAN-HARTUNG.DE
TELEGRAM T.ME/HARTUNGSTEFAN

WILLKOMMENSKULTUR FÜR TOURISTEN – HEIMREISE FÜR ASYLBETRÜGER!

Das Erzgebirge hat ein gewaltiges Potential hinsichtlich seiner touristischen Entwicklung. Leider zeigt die Region bislang recht wenig Talent darin, insbesondere die modernen Möglichkeiten des Internets zur Selbstvermarktung zu nutzen.

Die Aufgabe des Landrats muss es daher künftig sein, gemeinsam mit den touristischen Verbänden und Initiativen der Region einen gemeinsamen modernen Markenauftritt zu erstellen und die Kräfte zum Zwecke einer erfolgreichen Vermarktung der Region als großes Ganzes zu bündeln – ohne natürlich regionale Besonderheiten auszugrenzen. Das Ziel muss sein, dass Deutsche wie auch touristisch interessierte Ausländer das Erzgebirge als das wahrnehmen, was es ist: eine wunderschöne Region mit herzlichen Menschen, in der Traditionen und Brauchtum gepflegt werden und man hier völlig entspannt das Deutschland erleben kann, was in vielen anderen deutschen Regionen bereits in Folge von Überfremdung Multi-Kulti-Wahn abgeschafft wurde.

Dies bedeutet natürlich auch, dass der Landrat als Chef der Ausländerbehörde auch dafür sorgt, dass die Menschen, die unser Asylrecht aus wirtschaftlichen Gründen missbrauchen oder gar Kriminalität verüben, konsequent abgeschoben werden. Hier schob der bisherige CDU-Landrat Vogel gern die Verantwortung nach Dresden ab und fühlte sich nicht zuständig, wenngleich das Landratsamt monatlich die Asyl-Sozialleistungen auszahlt. Hier bedarf es künftig eines klaren Kurses und konkreter Bemühungen dahingehend, dass im Erzgebirgskreis nur Menschen untergebracht werden, die wirklich vor Krieg und politischer Verfolgung geflohen sind. Von daher gilt unsere Willkommenskultur für all jene, die hier Urlaub machen wollen und unsere Konsequenz jenen, die uns nur ausnutzen wollen. ■



MITBESTIMMUNG

WIR WOLLEN VOR ORT
ENTSCHEIDEN

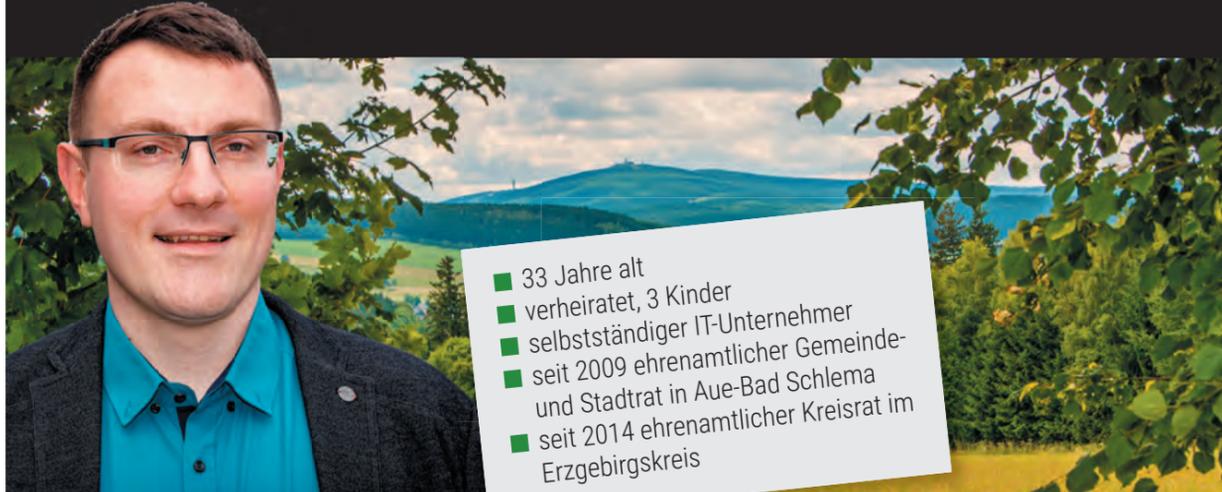
SEITE 2

IMPFFLICHT?!

ES IST NOCH NICHT
VORBEI

SEITE 2

STEFAN HARTUNG: IHR KANDIDAT ZUR LANDRATSWAHL



- 33 Jahre alt
- verheiratet, 3 Kinder
- selbstständiger IT-Unternehmer
- seit 2009 ehrenamtlicher Gemeinde- und Stadtrat in Aue-Bad Schlema
- seit 2014 ehrenamtlicher Kreisrat im Erzgebirgskreis

Sehr geehrte Mitbürger,

am 12. Juni sind Sie aufgerufen, die kommunalpolitischen Weichen in unserem Erzgebirgskreis durch Direktwahl des Landrats neu zu stellen.

Wollen wir ein „Weiter so“ des hingebungsvollen Gehorsams gegenüber Landes- und Bundes-Politik und eine anhaltende Verkrustung der politischen Verhältnisse oder soll all dem das überfällige Ende gesetzt und eine vernünftige wie mutige Wende eingeläutet werden? Im Amt des Land-

rates möchte ich meinen Beitrag hierzu leisten und unseren Bürgern ihre verdiente Freiheit zurückgeben und die Kreis-Politik mit Sinn und Vernunft in eine bessere sowie erfolgreichere Zukunft führen.

Wirken Sie durch Ihre Stimmenabgabe für mich bitte daran mit, den als alternativlos geglaubten Status Quo zu überwinden.

Ihr Stefan Hartung

REGIONALE ZEITENWENDE!

Mit allerhand völlig sinnfreier „Corona-Maßnahmen“ meinten Landrat Vogel und CDU-MP Kretschmer uns 2 Jahre lang gängeln zu müssen.

Neben dem Grundrechte-Entzug ergaben sich für uns aber auch massive wirtschaftliche und soziale Schäden: Unternehmer durften ihrer Arbeit nicht mehr nachgehen und wurden zu Sozialleistungsbittstellern. Kindern wurde verboten die Schulen und Kitas zu besuchen, weil dies angeblich Senioren vor Krankheit und Tod bewahren würde.

Dass all dies blanker Unsinn war, versteht jeder, der den Blick nach Schweden oder Florida wagt – wo es weder Lockdown noch Maskenpflicht gab. Egal welche „Maßnahmen“ man in den verschiedenen Ländern ergriffen hat: Das



tatsächliche Krankheitsgeschehen war in allen Ländern fast gleich.

Nun ist es an der Zeit, jene in politische Verantwortung zu wählen, die in den zurückliegenden 2 Jahren Augenmaß und gesunden Menschenverstand bewiesen haben und bereits im Frühling 2020 den Protest organisierten! Mit einem Landrat Stefan Hartung wird sich eine solche „Maßnahmen“-Katastrophe im Erzgebirgskreis nicht mehr wiederholen und eine Impfpflicht nicht umgesetzt werden! ■

ERFOLGREICHE WIRTSCHAFT BRAUCHT INFRASTRUKTUR

Die Schönheit unserer Gebirgsregion bietet auch Nachteile: Gesperrte Straßen führen zu weiträumigen Umleitungen. In jedem Jahr erleben wir aufs Neue, mit wie wenig Augenmaß und Sinnhaftigkeit Baumaßnahmen angegangen werden und Umleitungsverkehr organisiert wird.

Hier braucht es künftig viel mehr Flexibilität bei der Bauausführung (z.B. einseitige statt Vollsperrungen) und eine bereits in der Planung veranlagte Beschleunigung von Baustellen. Andere Länder machen es uns vor, dass Baustellen auch viel schneller abgeschlossen werden können. Die Aufgabe eines Landrates muss es sein, dies auch entsprechend zu organisieren. Die Dauerbaustellen mit Zeitlupenfortschritt und Mega-Umleitungen müssen endlich der Vergangenheit angehören!

Auch beim Breitband-Glasfaser-Ausbau hinkt unser Landkreis hinterher. In den vergangenen Jahren wurde viel gezauert, doch der privatwirtschaftliche Ausbau findet nur geringfügig statt. Deshalb ist es nötig, dass der Kreis zusammen mit den Gemeinden eine Glasfaser-Gesellschaft gründet und in den unerschlossenen Gebieten ein Glasfasernetz ausbaut, an das sich alle Gebäudeeigentümer anschließen lassen können. Die Infrastruktur-Gesellschaft besitzt dabei das Netz, während die Vermarktung von bereits am Markt befindlichen Privatunternehmen betrieben wird. Damit garantiert der Landkreis seinen Bürgern und Unternehmen eine zeitgemäße Anbindung und schafft sogar ein Geschäftsmodell, mit dem die Kommunen auf Jahrzehnte hinaus Einnahmen generieren können. ■

AUF DIE KOMMUNEN UND
LANDKREISE KOMMT ES AN!

FREIE ENTSCHEIDUNG!



Der Bundestag hat die Impfpflicht in Medizin und Pflege beschlossen. Auch bei der allgemeinen Impfpflicht versuchen Karl Lauterbach und Co nach ihrer krachenden Niederlage im Bundestag für den Herbst einen neuen Vorstoß.

Die Impf-Extremisten scheinen nicht nachzulassen und es ist möglich, dass weitere Impfpflichten (allgemein oder für Teile der Bürger) folgen. Doch was im fernen Berlin über unsere Köpfe hinweg entschieden wird, muss vor Ort umgesetzt werden, durch die Verwaltungen der Landkreise und Kommunen. Insbesondere den Landratsämtern kommt dabei eine Schlüsselrolle zu, sie erlassen Bescheide, z.B. Betretungsverbote und leiten Bußgeldverfahren ein. Und die Kommunen helfen ihnen bei diesen Tätigkeiten, etwa durch das hauseigene Ordnungsamt, das die Einhaltung der Coronamaßnahmen überprüft. Wenn auf der kommunalen Ebene Befehle jedoch nicht mehr blind befolgt werden, wird jede Form einer Impf-

pflicht zum „zahnlosen Tiger“, sie ist dann faktisch nicht durchsetzbar.

Die FREIEN SACHSEN lehnen eine Impfpflicht, ob einrichtungsbezogen oder allgemein, ab – über die Gesundheit sollte jeder Mensch selbst entscheiden. Wer sich impfen lassen möchte, weil er dem Impfstoff vertraut, soll das natürlich dürfen, genauso wie ein Skeptiker aber nicht gezwungen werden darf, diesen Impfstoff gegen seinen Willen verabreicht zu bekommen. Mit wehrhaften Bürgermeistern und Landräten kann eine Impfpflicht in Sachsen zwar nicht als Gesetz aufgehoben werden, sie kann aber durch Nicht-Beachtung ausgehebelt werden.

Wer keine Bußgeldverfahren einleitet, keine Überprüfungen des Impfstatus durchführt und die Zusammenarbeit zur Zentralregierung verweigert, schützt damit seine Bürger (derzeit vor allem das Personal im Medizin- und Pflegebereich) vor einem schweren Grundrechtseingriff. ■

MEHR KOMMUNALE SELBSTVERWALTUNG UND EIN FREIES SACHSEN!



Säxit: Unter diesem Schlagwort treten wir für mehr sächsische Selbstbestimmung ein. Wir wollen uns von der Berliner Zentralregierung, die in vielen Themen (z.B. bei der Coronapolitik, bei der Asylproblematik, den Klimafragen oder der aktuellen Energie- und Spritsituation) über unsere Köpfe hinweg entscheidet, lösen. Wir wollen wieder selbst entscheiden, was uns Sachsen betrifft. Diese Autonomie muss auch innerhalb eines freien Sachsens gelten: Jede Kommune sollte über alle Angelegenheiten entscheiden, die sie selbst betreffen. Jeder Landkreis (und zwar die natürlich gewachsenen Kreise, nicht die vor 15 Jahren geschaffenen Verwaltungsmonster!) über sämtliche Angelegenheiten, die in seinem Gebiet stattfinden. Und wir Sachsen auf Landesebene über alles, was uns betrifft. Ohne uns von Berlin oder gar Brüssel hereinreden zu lassen! ■

STATT WEITERER GÄNGELUNG:

FAMILIEN ENTLASTEN!

Zwei Jahre lang hat die Landesregierung – unterstützt durch ihre Helfer in den Landratsämtern – eine Coronapolitik betrieben, die insbesondere Familien vor massive Belastungen, teils regelrechte Zerreißproben, gestellt hat.

Die Leidtragenden waren (und sind) die Kinder. Doch auch fernab von Corona ist festzustellen, dass gerade Familien von den Behörden immer wieder Steine in den Weg gelegt bekommen, statt sie zu fördern und zu entlasten. Undurchsichtige Bürokraten-Dschungel, Behörden im Regelungswahn und Eingriffe in die elterliche Entscheidungsfreiheit, etwa bei der Wahl der Beschulung, gehören leider zum Alltag. Wir treten dafür ein, dass sich der Staat (und damit auch die Verwaltungen der kommunalen Ebenen) aus dem Familienleben zurückhält. Seine Eingriffsmöglichkeiten



sollten dort enden, wo die Familie beginnt, in der die Eltern die Entscheidungen treffen. Das bedeutet selbstverständlich auch für die Eltern Entscheidungsfreiheit, wie sie ihre Kinder beschulen und ausbilden lassen. Natürlich müssen Familien auch steuerlich endlich spürbar entlastet werden – so, wie nahezu sämtliche Steuern, die es bisher gibt, in ihrer Höhe (und oft auch grundsätzlich) auf den Prüfstand gehören. Die größte Form der Entlastung für Eltern und Kinder ist die Rückgabe ihrer Freiheit. Frei zu sein, frei zu entscheiden und frei in die Zukunft zu gehen! ■

JETZT WIRD ABGERECHNET:

WAHLTAG IST ZAHLTAG!

Lang waren die Gesichter der CDU-Politiker um Ministerpräsident Michael Kretschmer und den damaligen Ostbeauftragten Marco Wanderwitz, als sie bei der Bundestagswahl im September 2021 ihre Niederlage realisierten. Unter 20 Prozent war die CDU gefallen, die in Sachsen einst absolute Mehrheiten erzielte. Der Bürger hat abgerechnet, das war die Quittung für eine ganze Reihe politischer Verfehlungen der letzten Jahre.

Doch damit die Abrechnung auch nachhaltig ist, muss nachgesetzt werden: Am 12. Juni 2022 werden in über hundert sächsischen Kommunen und neun Landkreisen neue Bürgermeister bzw. Landräte gewählt. Das Ziel ist klar: Je weniger Vertreter der Blockparteien um CDU, SPD und Co in den Rathäusern und Landratsämtern bleiben, desto deutlicher ist das Signal an die „große Politik“. Ein Signal, dass es ein „weiter so“ mit uns Bürgern nicht mehr geben wird. Natürlich wird durch eine Wahl alleine nicht die gesamte Gesellschaft und Politik verändert.

Aber: Die Botschaft kommt bei der Regierung an. Nutzen Sie die Gelegenheit, Wahltag ist Zahltag! ■



NICHT NUR BEI WAHLEN:

BÜRGER MÜSSEN EINGEBUNDEN WERDEN!

Alle paar Jahre wollen sich Politiker wiederwählen lassen und entdecken kurz zuvor „ihre“ Bürger, die dann eifrig umgarnt werden. Doch längst wollen immer mehr Bürger fernab von Wahlen mitbestimmen, was in ihren Kommunen und Kreisen geschieht. Eine moderne Politik muss deshalb Mitbestimmungsmöglichkeiten schaffen. Und: Es müssen alle Meinungen akzeptiert werden, mit der Ausgrenzung und gesellschaftlichen Spaltung, die sich bereits in der Asylkrise 2015/16 gezeigt hat und mit der Corona-Problematik noch weiter zugenommen hat, muss Schluss sein. Freie Bürger sollten auf Augenhöhe mit Verwaltungen, Bürgermeistern und Landräten zusammenarbeiten. Bürgerforen, Gemeindeversammlungen und andere niedrigschwellige Angebote sind dafür ein erster Schritt. Doch es braucht auch ein Umdenken in den Köpfen der Volksvertreter, die den Bürger viel zu oft von oben herab behandeln. Dieses Umdenken wollen die FREIEN SACHSEN anstoßen! ■

UNTERSTÜTZEN SIE DIE
FREIEN SACHSEN!

JETZT SPENDEN

Viele Bürger arbeiten bereits ehrenamtlich bei der Sammlungsbewegung der FREIEN SACHSEN mit. Aber: Auch Werbemittel wie Zeitungen und Plakate kosten Geld, in diesen Zeiten durch die starken Preisanstiege leider auch nicht wenig. Wir freuen uns deshalb über jede Unterstützung, zum Beispiel mit einer Spende.

**Kontoinhaber: FREIE SACHSEN
Verwendungszweck: Spende
IBAN: DE92 8705 0000 0710 0793 11**

Wenn Sie im Verwendungszweck ihre Anschrift mit angeben, senden wir Ihnen gerne eine Spendenquittung zu, mit der die Spende beim Finanzamt geltend gemacht werden kann.